

Der Briefetal-Bote erscheint
Dienstag, Donnerstag, Sonn-
abend und Sonntag. Der
Bezugspreis beträgt monatlich
1,30 RM, zuzüglich Beleg-
gebühren. Die einzelne Nummer
kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Ge-
schäftsstelle Birkenwerder,
Bahnhof-Allee 5 und von
allen Anzeigen-Expeditionen
angenommen. Die unregelmä-
ßige Beilage kostet 25 Pfennig,
die Reklamezeile 1 RM.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen
Neuendorf, Borgsdorf,
Briese, Lehnitz, Stolpe



für Bergfelde, Schönfließ
Frohnau, Summt
und Umgegend

Verantwortlicher: Amt Birkenwerder 2005

Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder. Bekämpfung der Mückenplage.

Die Bekämpfung der Mückenplage hat sofort, spätestens bis Ende Februar d. Js. zu erfolgen. Mit der Bekämpfung habe ich den amtlichen Desinfektor Ernst Rapp von hier, Weimarer Straße 39 (Schuhmacherwerkstatt im Hause Dietrich), beauftragt. Ich ersuche, Köpfe Zutritt zu den Grundstücken zu gewähren, damit unentgeltliche Beratungen in der Arbeitslösung erteilt werden können. Es bleibt selbstverständlich den Grundstückbesitzern unbenommen, die Arbeiten entweder selbst oder von Köpfen ausführen zu lassen. Die Gebühr wird nach Größe der Räumlichkeiten und Verbrauch an Desinfektionsmitteln berechnet. Ueber die Übernahme der Arbeiten wird von Köpfen eine Bescheinigung ausgehellt, welche aufzubewahren und den kontrollierenden Beamten auf Verlangen vorzulegen ist.

Um eine korrekte Durchführung zu ermöglichen und um die Grundstückseigentümer und Pächter vor Unannehmlichkeiten zu schützen, dürfte es sich schon wegen der geringen Kosten dringend empfehlen, die Maßnahmen durch Köpfe ausführen und ihm Lustige Arbeit zuzubringen zu lassen.

Die zur Anwendung kommenden Mittel sind probiert und für Menschen, Lebensmittel und Tiere als unschädlich befunden worden, haben jedoch die Infekten entsprechende Wirkung.

Zusammenfassend werden nach § 6 der Kreispolizeiverordnung vom 27. Januar 1927 gebahnt.

Birkenwerder, den 18. Januar 1933.
Der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde. Blank.

Unterredung Hitler-Hugenberg Berlin, 18. Januar.

Die angekündigte Unterredung zwischen Adolf Hitler und Dr. Hugenberg hat stattgefunden. Die Unterredung dauerte längere Zeit. Ueber ihren Inhalt wurde von beiden Seiten Vertraulichkeit vereinbart.

In politischen Kreisen nimmt man selbstverständlich an, daß Gegenstand der Unterredung zwischen Hitler und Hugenberg die Frage war, ob sich nicht doch Möglichkeiten zu einer Zusammenarbeit ergeben, die die Auflösung des Reichstages verhindern könnte. In der Berliner Presse ist die Frage „Vertagung oder Auflösung?“ das Hauptthema. Die Darstellungen gehen allerdings stark durcheinander. Das Bild wird durch die Meinungen von Fachleuten, wie die, daß in Weimar eine Aussprache zwischen Hitler und Straßer stattgefunden habe auch nicht klarer. Von maßgebender nationalsozialistischer Seite wird die Nachricht auf des entschiedenste bementiert.

Aus alledem läßt sich jedenfalls ersehen, daß die Lage sich nicht verändert hat, und daß es sich empfiehlt, zunächst die weiteren Besprechungen und vor allem die Sitzung des Reichstages am kommenden Freitag abzuwarten, deren Ergebnis die Situation nach der einen oder anderen Richtung klären dürfte.

Frankreichs Finanzanierungsplan Paris, 17. Januar.

Der Finanzierungsplan, den Finanzminister Chéron Dienstag in der Kammer einbrachte, sieht Einsparungen von 5326 Millionen und Steuererleichterungen von 5473 Millionen Francs vor.

Unter den Einsparungen steht u. a. die Streichung der Pensionen wiedererheirateter Kriegervitwen und die Herabsetzung des Rentionsalters ehemaliger Frontkämpfer um fünf Jahre. Als provisorische Maßnahme für 1933 sollen die Bauteilnehmer von über 12 000 Francs gesteuert werden. 638 Millionen sollen am Militärbudget eingespart werden, und zwar beim Kriegsministerium rund 160 Millionen, bei den Heereslieferanten rund 42 Millionen, beim Marineministerium 123 Millionen, beim Luftfahrtministerium 301 Millionen, beim Kolonialministerium 12 Millionen. Am Jahre 1933 sollen außerdem alle Steuerpflichtigen 8 Prozent über den Betrag bezahlen, den sie bisher entrichteten.

Einheitsfront Hoover-Roosevelt in den auswärtigen Angelegenheiten. New York, 18. Januar.

In einer Erklärung, die der zukünftige Präsident Roosevelt abgab, wird festgestellt, zwischen dem gegenwärtigen und dem zukünftigen Präsidenten herrsche vollkommene Einigkeit darüber, daß der gegenseitige Charakter der Verträge aufrechterhalten werden müsse. „Jede Erklärung über die auswärtigen Fragen, welcher Art sie auch sei, muß natürlich vom Staatssekretariat ausgehen“, sagte Roosevelt.

„Ich bin indessen vollständig bereit, mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß die auswärtige Politik Amerikas den gegenseitigen Charakter der Verträge zu wahren hat. Das ist der Grundstein, auf dem alle Beziehungen zwischen den Völkern ruhen müssen.“

Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß diese Erklärung die Feststellung vollkommener Einmütigkeit zwischen den republikanischen und den demokratischen Parteiführern über die Politik im Fernen Osten bedeutet.

Zu Einheit und Freiheit Die Bedeutung des 18. Januar.

Seit langer Zeit flattern in diesem Jahre wieder zum ersten Male die deutschen Fahnen von den staatlichen Gebäuden in Reich und Ländern zur Erinnerung an die Bedeutung des 18. Januar, dem Tag der Reichsgründung, dem Tag der deutschen Einheit. Dieser Tag wird und muß auch in der neueren deutschen Geschichte der größte Tag bleiben, weil er dem deutschen Volke nach jahrhundertlangem Ringen und Schwenen endlich die Einheit brachte und damit die endliche Voraussetzung für den deutschen Nationalstaat schuf. Daß er dem deutschen Volke so spät erst erstand, ist eine geschichtliche Tragik. Nachdem dieser 18. Januar 1871 das Reich unter Bismarcks genialer (schöpferischer) Hand zur geschichtlichen Tatsache werden ließ, ist kein Tag gekommen und gegangen, der gleich große nationale Bedeutung für das deutsche Volk in Anspruch nehmen könnte.

Schwere Gefahren haben indessen dieses Bismarcksche Schöpferwerk umdrängt. Als der heldenhafte geführte große Krieg schließlich doch zum inneren Zusammenbruch führte, als das Bismarcksche Kaiserreich der Reichseinheit in Trümmer ging, als das ruhmreiche deutsche Heer aufgelöst und zerstreut wurde, als die Revolution die Grundfesten von Staat und Volk erschütterte, da war auch die Reichseinheit des 18. Januar auf das heftigste bedroht. Aber das Werk hat allen Umsturzbewegungen aus dem Inneren standgehalten. Das Reich ist uns geblieben.

Aber schwer mitgenommen ist es durch den politischen Gewaltfrieden von Versailles. Bis auf diesen Tag und noch in die Zukunft hinein führen wir den Kampf um das Reich, das wir von unseren Vätern ererbt haben, um es zu besitzen, um es wieder zu dem zu machen, was es unter Bismarck gewesen und geworden war. Eine fast restlose Zertrümmerung seiner Rechts- und Machtstellung unter den Völkern Europas ist das Werk der habgierigen Feinde von Versailles. Den sichtbarsten Höhepunkt der Schwäche kennzeichnet der 11. Januar, der sich soeben zum zehnten Male gefeiert hat, als die Nordsee-Poincaré drei Jahre nach Kriegsende unter nichtigen Vorwänden rüchständiger Reparationsleistungen in das Ruhrgebiet, die Herzhaller der deutschen Wirtschaft, einbrachte. Das wahre Ziel war nicht die Beibringung der rüchständigen Telegraphentangen, sondern der Stoch gegen den 18. Januar 1871, die Zertrümmerung der deutschen Einheit und die Abtrennung der Rheinlande. Mit allen Krüften der Verlockung und Vergewaltigung hatten die Franzosen im Rheinlande den Separatismus zu beleben versucht. Es reichte nicht hin, die Rheinlande zu gewinnen. Der Vorstoß über den Rhein, die wirtschaftliche und politische Abtrennung des Rheinlandes vom Mutterlande, die Hoffnung auf Kapitulation der Menschen an der Ruhr vor der französischen Gewalt befruchtete die Hoffnungen Poincarés, diesmal die geschichtliche Mission erfüllen zu können, den Rhein zu gewinnen und ihn zu einem französischen Strom zu machen. Nur zur Erfüllung dieses hohen Zieles des französischen Nationalismus schickte Poincaré seine Machinengewehre und Tanks bis nach Dortmund vor.

Aber die Wirkung dieses unerhörten Einbruchs in das deutsche Arbeitsland, dieser freche Vorstoß gegen die deutsche Einheit, die zynische Spekulation auf den Zusammenbruch des durch die auferlegten Leiden erschöpften Volkes, traf die französischen Hoffnungen tödlich. Wie ein Mann erhoben sich die Menschen an der Ruhr zum heldenhaften Widerstand ohne Waffen. Vom ersten Industrietage bis zum letzten Arbeiter, durch alle Schichten des Alters und der Berufe hindurch bäumte sich alles gegen die Eindringlinge auf und auch die größten Quader und Vergewaltigungen der massenfeindlichen Eindringlinge haben eine geistige Kapitulation der helden an der Ruhr nicht erreicht. Im Gegenteil, ganz Deutschland stammte in nationaler Begeisterung auf und am Rhein, an der Mosel und in der Pfalz trat die Bevölkerung in die gleiche passive Widerstandsbewegung ein. Dieser nationale Widerstandswille hat tief in die Welt hineingeleuchtet und das nationale Ansehen des deutschen Volkes in allen Zonen mächtig gehoben. Und auf den Fundamenten dieser nationalen Erneuerung konnte dann das Werk der Befreiung von Ruhr und Rhein aufgebaut werden. In der Verteidigung des Reiches und in der Wiedererlangung seiner Freiheit wird der Tag, als der letzte Besatzungsfranzose deutschen Boden verlassen hat, als ein gewaltiger Gewinn, so als ein großer Siegstag der deutschen Einheit fortleben.

Neue Erfolge sind den ersten gefolgt. Aus dem schönsten Vernichtungswerk von Versailles sind die Reparationen und Kontributionen, die Deutschlands Kraft für immer lähmen sollten, herausgebrochen. Auch die Feinigung ist am Ende und die deutsche Wirtschaft kann ihre Rechnung ohne diese Lasten aufmachen. Und weiter hat die deutsche Außenpolitik tiefer den Kampf für die deutsche Gleichberechtigung aufgenommen, die uns das Recht der vollen Verteidigungsfreiheit wieder bringen soll. Grundtätig auch in diesem Punkte mit Zustimmung der Gegner. Die praktische Auswirkung bleibt noch zu erkämpfen.

Und dahinter stehen noch viele große Aufgaben, die es durchzukämpfen gilt, um das freie Reich vom 18. Januar 1871 wiederherzustellen. Noch ist die deutsche Ansehen herabwürdigende Kriegsschuldfrage von den Gegnern von Versailles nicht ausgeräumt. Noch ist der Korridor von Versailles nicht aus dem deutschen Reichskörper. Noch ist die Saar nicht der deutschen Mutter zurückgegeben. Noch sind die deutschen Ströme nicht wieder frei. Noch sind die Deutschen im Auslande schimmsten Leiden und Bedrückungen ausgesetzt, ohne daß das Deutsche Reich ihnen ausreichende Hilfe leisten könnte. Um all diese Dinge gilt es weiter zu ringen. Der Tag der deutschen Einheit, der Tag des siegreichen Versailles des deutschen Volkes mahnt uns, stark und einig zu sein in dem Kampf um die volle Wiederherstellung der Freiheit und der Macht des Bismarckschen Deutschen Reiches. Der Zustand minderen Rechts muß auf der ganzen Linie weichen. Zu diesem Ziele ruft uns der 18. Januar immer wieder auf. Ueber dem tobenden Streit der Parteien darf dieses Ziel der Einheit nicht leiden. Den Kampf an der Ruhr konnte auch nur die Volks- und Arbeitsgemeinschaft siegreich bestehen. Hören wir auf den unermüdbaren Mäher zur Einheit, auf den erhabenen Zeugen des Reichs- und Kaiserreiches im Spiegel von Versailles, auf Hinderburg. Sein Weg ist der Weg zur Einheit und Freiheit.

Der Wert des Arbeitsdienstes Der Reichsarbeitsminister vor dem Sozialpolitischen Ausschuss. Berlin, 18. Januar.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages trat wieder zusammen, um die Fragen des Arbeitsdienstes zu beraten. Diesen Beratungen lag ein Antrag der Nationalsozialisten zugrunde, der die Reichsregierung auffordern will, durch Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes zur allgemeinen gleichen Arbeitsdienstpflicht der deutschen Jugend die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das Zentrum erludt die Regierung, darauf zu achten, daß der freiwillige Arbeitsdienst eine freiwillige Aktion der Jugend bleibt, und daß bei der Durchführung der Lager die Selbstverwaltung und Selbstgestaltung des Arbeitsdienstes durch die Träger des Dienstes unter starker Berücksichtigung des Eigenlebens der Jugendverbände gesichert wird.

Reichsarbeitsminister Dr. Spruy leitete die Beratungen mit einem Bericht über die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiete des freiwilligen Arbeitsdienstes ein. Der Minister gab zunächst einen Überblick über die Maßnahmen und wies darauf hin, daß wir rund eine Million männliche und 400 000 weibliche Arbeitslose unter 25 Jahren

haben. Es handele sich da also nicht um Einzelschicksale, sondern um das Schicksal ganzer Altersklassen, und zwar treffe dieses Schicksal nicht nur die Lehrlinge, sondern auch die Abiturienten, die raltos vor der Berufswahl ständen, und die Jungabemitter, sowie die zweiten und dritten Bauernsöhne. Aus diesem Grunde sei erstmals im Juli 1931 der freiwillige Arbeitsdienst eingeführt worden. Am Oktober 1931 habe man rund 300 Arbeitsdienstmänner geschäft, am 1. Januar v. Js. 7000, im Frühjahr 27 000, im Sommer 74 000. Dann habe der Arbeitsdienst durch die Verordnung vom 16. Juli 1932 neuen Impuls erhalten, so daß die Zahl der Arbeitsdienstmännern am 1. September auf 144 000 gestiegen sei.

Die Höchstzahl bei 280 000 gewesen, jetzt sei sie etwas gesunken, habe aber am 1. Januar immerhin noch rund eine Viertelmillion betragen.

Die Arbeit müsse in erster Linie zweckvoll sein, damit die jungen Leute in ihr Befriedigung fänden. Ferner sollen die Arbeiten gemeinsinnig und zulänglich sein. Es dürften nicht Arbeiten ausgeführt werden, die normalerweise den freien Arbeitsmarkt entlasten müßten. Infolgedessen habe sich ein bestimmter Kreis von Arbeiten herausgebildet, und zwar im wesentlichen Landesakutarbeiten, bei denen ohne Großgeräte gearbeitet werden kann, nur primitiv mit Hacke und Schaufel. Groß sei auch die erzieherische Bedeutung der Arbeit.

Es habe sich gezeigt, daß für männliche Jugendliche die geschlossenen Lager besonders geeignet sind, bei denen auch die Möglichkeit zur Ueberrachtung besteht, während es bei weiblichen Jugendlichen im allgemeinen zweckmäßiger sei, sie abends zu ihren Familien zu entlassen.

Im Mittelpunkt des Arbeitsdienstes stehe die Arbeit. Die daneben gepflegte sportliche Betätigung mache keine Schwierigkeiten. Bei der Gestaltung der Abende müsse man Schmeißerei vermeiden; es komme wesentlich auf die Mitwirkung der Jugendlichen selbst an. Der Minister gab dann Auskunft über die finanzielle Bedeutung des Arbeitsdienstes. Aus Mitteln des Reichsfinanzministeriums werde für den einzelnen Arbeitsdienstmännern ein Förderungsbeitrag von durchschnittlich 2 Mark je Arbeitstag auf 20 Wochen, bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten auf 40 Wochen geleistet. Das bedeutet 50 RM für jeden Jugendlichen monatlich oder 600 RM jährlich. Hinzu kommen die Ausgaben der Träger des Arbeitsdienstes für Materialien usw. Für jeden Arbeitsdienstmännern kommen noch 400 RM hinzu.